

- | | |
|---|---------|
| 16. Mitteldeutscher Verband in Frankfurt a. M. | 13 200 |
| 17. Arbeitgeberbund für das rhein.-westf. Industriegebiet in Essen (Ruhr) | 23 500 |
| 18. Arbeitgeberverband für die Rheinprovinz in Düsseldorf | 8 500 |
| 19. Bergischer Schutzverband in Barmen | 3 100 |
| 20. Arbeitgeberverband im Saargebiet in Saarbrücken | 1 500 |
| 21. Pfälzischer Kreisverband in Kaiserslautern | 1 000 |
| 22. Nordbayerischer Bezirksverband in Nürnberg | 8 600 |
| 23. Südbayerischer Bezirksverband in München | 11 000 |
| 24. Arbeitgeberbund für Württemberg in Stuttgart | 4 100 |
| 25. Arbeitgeberbund für Baden in Freiburg | 2 850 |
| 26. Arbeitgeberbund für Elsaß-Lothringen in Straßburg | 6 000 |
| 27. Einzelne Ortsverbände: Magdeburg 1700, Lübeck 900, Brandenburg 500, Senftenberg 600, verschiedene andere 1250 | 4 950 |
| Zusammen: | 186 700 |

Weiter schreibt der Verband:

„An vielen Orten, speziell in Süddeutschland, ist die Zahl der Beschäftigungslosen erheblich größer als die der Entlassenen und zwar in der Hauptsache aus drei Gründen. Fürs erste liegt vielfach die Bautätigkeit sehr danieder, dann wurde angefaßt des seit längerem in sicherer Aussicht stehenden Kampfes mit dem Beginn von projektierten Bauten zurückgehalten, und endlich kommt infolge der äußerst günstigen Witterungsverhältnisse im letzten Winter die meisten Bauten schon bis Ende März vollendet werden. Sicherer Mitteilung gemäß ist die Zahl der Entlassenen im steten Wachsen begriffen, so daß binnen kurzem die Zahl von 200 000 erreicht werden wird.“

Was kostet die Aussperrung der Bauarbeiter?

Nach einer Berechnung, die sich darauf stützt, daß zurzeit mindestens 150 000 Bauarbeiter ausgesperrt sind, werden vom 1. Mai ab wöchentlich zu deren Unterstützung rund über zwei Millionen Mark nötig. Rechnet man nur die Ziffern, die von den Arbeitnehmerverbänden angegeben werden, also 70 000 Maurer zu 12 M die Woche = 840 000 M, 22 000 Zimmerer zu 13,20 M = 290 400 M und 24 000 Bauhilfsarbeiter = 488 000 M, so benötigen diese 1 618 000 M. Dabei sind die Kindergelder nicht gerechnet. Nimmt man aber an, daß tatsächlich 150 000 Arbeiter ausgesperrt sind, so werden rund 2,1 Millionen Mark wöchentlich notwendig. Dauert die Aussperrung einige Wochen, so kann diese den Arbeitern 10—20 Millionen Mark kosten. Dabei ist die in den Nebenberufen entstehende Arbeitslosigkeit und Unterstützungsbedürftigkeit ganz außer Betracht gelassen. Dazu kommen nun für die Arbeiter die Verluste an Lohn für die ersten vierzehn Tage, die mit 1,5 Millionen Mark pro Tag, d. i. mit 18 Millionen Mark für vierzehn (12 Erwerbs-) Tagen, nicht zu hoch angefaßt sind. Weiter verlieren sie pro Woche rund 9 Millionen Mark, so lange die Aussperrung dauert, an Arbeitsverdienst. Nehmen wir an, die Aussperrung dauere 5 Wochen, so kommt für Verlust an Unterstützungsgeldern bei den Familien und für Verlust an Arbeitsverdienst heraus 2,1 mal 3 Mill. + 18 Millionen = 9 mal 3 Mill., d. i. die gewaltige Summe von 51,3 Mill. Mark. Nachdem aber festgestellt ist, daß nicht 150 000, sondern 186 000 Arbeiter ausgesperrt sind, erhöht sich diese Summe noch um ein Beträchtliches.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Wiesbaden. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit der Prinzessin Viktoria Luise und dem Gefolge im Sonderzug um 5 Uhr 45 Minuten von Kassel in Wiesbaden eingetroffen und haben sich nach dem königlichen Schloß begeben, wo sie Wohnung nahmen. Die Stadt ist schön geschmückt; ein sehr zahlreiches Publikum begrüßt die Majestäten auf dem ganzen Wege mit Hochrufen. Das Wetter ist kühl.

Militärluftschiffhafen Königsberg. In Königsberg i. Pr. ist nach der Neuen polit. Korr. ein Militärbauamt für Luftschiffhallen eingerichtet worden, das jetzt den Bau einer 150 Meter langen Ballonhalle in Angriff nimmt, die vor dem diesjährigen Kaisermanöver fertiggestellt sein wird, und nordwestlich der Stadt, in ihrer Nähe, ihren Platz erhält.

48 Maschinengewehrkompanien. Nach den soeben erschienenen Löbelschen Jahresberichten verfügt das deutsche Meer über 48 Maschinengewehrkompanien, die bekanntlich Infanterieregimen-

ten angegliedert sind. Die Verteilung dieser Maschinengewehrkompanien auf die einzelnen Armeekorps ist aber keine gleichmäßige. So erschien z. B. die Straßburger Garnison vor einigen Tagen beim Vorbeimarsch vor dem Kaiser mit vier Maschinengewehrkompanien.

Eröffnung der Städtebau-Ausstellung in Berlin. Sonntag mittag wurde in der Königl. Akademischen Hochschule für bildende Künste die Allgemeine Städtebau-Ausstellung eröffnet. In Vertretung des Reichskanzlers war Geheimrat Leubald erschienen, ebenso waren u. a. das Unterrichtsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten vertreten. Geh. Baurat Marsch sprach namens des Ausstellungsausschusses in seiner Eröffnungsansprache die Hoffnung aus, daß die Ausstellung, die aus dem Wettbewerb für den Bebauungsplan von Groß-Berlin entstanden sei, dazu beitragen möge, den öffentlichen Willen für die gewaltigen Opfer geneigt zu machen, die gebracht werden müßten, um den künftigen Bewohnern der mächtig angewachsenen Reichshauptstadt ein schönes Menschendasein zu schaffen. Der Präsident der Ausstellung, Oberbürgermeister Kirchner, stiftete den Mitarbeitern den Dank ab und brachte ein Hoch auf den Kaiser aus. Daran schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung, an der auch die Hauptstädte des Auslandes in erheblichem Maße beteiligt sind, an.

Mit den militärischen Übungen von Schulkindern ist in der Rheinprovinz entsprechend dem Erlaß des Kriegsministers von Seevingen bereits praktisch begonnen worden. Auf Anordnung des kommandierenden Generals des 8. Armeekorps ließ der Kommandeur des 39. Infanterie-Regiments drei Klassen der Volksschule zur Kompanie-Befähigung zu. Offiziere unterrichteten die Knaben über alle Vorgänge. Schließlich zogen die Jungen „im Parade-marsch“ mit großer Freude an dem Obersten vorbei.

Die Waisfeier. Die sozialdemokratischen Waisfeiern sind überall im Deutschen Reich ruhig verlaufen. Nur in Magdeburg kam es zu Zusammenstößen. Es wird von dort berichtet: Anlässlich der Waisfeier sammelten sich 15 000 bis 20 000 Menschen zu einem Zug, verschiedentlich wurden Hochrufe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht und Aufrufe auf die preussische Wahlrechtsvorlage ausgebracht. Bei mehreren Renkontres wurden Schußwunden und Demonstranten schwer verletzt u. a. wurde einem Schutzmann ein Finger der rechten Hand gebrochen, so daß der Finger amputiert werden mußte.

Belgien.

Eine Kolonialrede König Alberts. Die Kolonialausstellung, eine besonders interessante Partie der Weltausstellung in Brüssel, nämlich diejenige der Kongokolonie, ist Sonnabend nachmittag in Terbuieren im Anschluß an das eben fertiggestellte Kolonialmuseum vom König feierlich eröffnet worden. Das mit einem Kostenaufwand von sieben Millionen Frank in prächtiger Lage im Park dieser herrlichen königlichen Domäne errichtete Monumentalbauwerk birgt die reichen, früher im alten Schloße befindlichen Schätze aus der Kongokolonie und die eigentliche sehr umfangreiche Ausstellung erstreckt sich auf alle Zweige praktischer Kolonisationsarbeit. Sie bietet den großartigsten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Kolonialwissenschaften. Der König verbreitete sich in seiner Eröffnungsrede über die vom belgischen Staat zu verfolgende Kolonialpolitik, als deren dringendste Aufgabe er wegen der Sorge um das Wohl und die Zivilisierung der Eingeborenen durch verständige Einführung von Reformen, den Bau von Eisenbahnen und Handelsstraßen bezeichnete, welche Belgien mit aller Energie und mit dem Aufwande großer Mittel so fördern müsse. So müsse eine Verbindung von der Hauptstadt der Kolonie nach dem Herzen von Katanga geschaffen werden. Das sei eine Aufgabe der belgischen Finanzinstitute. Amerika verdanke der Verkehrspolitik seine beispiellose Entwicklung, und Deutschland, England und Frankreich hätten in gleichem Sinne in ihren Kolonien gearbeitet.

Frankreich.

Der sozialistische Ministerpräsident Briand und die Waisfeier. Eine Abordnung der Veranstalter der für den 1. Mai geplanten Kundgebung ersuchte am Sonnabend den Ministerpräsidenten Briand sie zu empfangen, um ihm das Gesuch zu unterbreiten, einen Demonstrationzug bilden zu dürfen. Ministerpräsident Briand lehnte es ab, die Deputation zu empfangen und ließ ihr mitteilen, ihr Gesuch komme zu spät. Alle Maßregeln, die gegen die mit Drohungen und Forderungen angefüllte Kundgebung getroffen seien, würden voll und ganz zur Ausführung gelangen.

gemeinen ruhig verlaufen. Im Bois de Boulogne gestreute die Polizei kleiner Gruppen von Mitgliedern der Syndikate, die den Verkehr hemmten. Hierbei wurde ein Polizeibeamter verletzt; ein Demonstrant wurde verhaftet.

Spanien.

Die Wahlen in Spanien. Das Wahlgesetz bestimmt, daß ein Kandidat für die Kammer, der keinen Gegenkandidaten hat, als gewählt bezeichnet wird. Demgemäß wurden gestern 58 Liberale, 26 Konservative, 3 Republikaner, 3 Carlisten und 4 Wände als gewählt bekanntgegeben.

Englands Uebermacht zur See.

Wenn es noch eines Beweises für die enorme Uebermacht Großbritanniens zur See bedurfte, so wird er durch den nach seinem Begründer Sir Charles Villiers benannten, dem Unterhaus vorgelegten parlamentarischen Jahresbericht geliefert, der eine vergleichende Zusammenstellung des derzeitigen Standes der Kriegsmarine der einzelnen Nationen unter Weglassung aller über 20 Jahre alten Schiffe enthält. Wie immer man auch diese unparteiische Statistik ansehen mag, ob man die einzelnen Schiffsklassen oder ihre Gesamtheit betrachtet, überall springt die absolute Unanfechtbarkeit der britischen Weltmeerherrschaft in die Augen. Im besonderen ist das Verhältnis der englischen zur deutschen Kriegsmarine das eines Riesens zu einem Zwerg. Die deutsche umfaßt rund 800, die britische dagegen über 600 Fahrzeuge, die an Geschwindigkeit jedoch dem unabhängigen hiesigen Urteil zufolge den deutschen weit mehr als doppelt überlegen sind. England hat 56 Schlachtschiffe fertig, neun im Bau, Deutschland 33 fertig, acht im Bau. Noch viel größer ist das britische Übergewicht an Panzerkreuzern, von denen 38 fertigen und drei im Bau befindlichen englischen (wovon die Schlachtschiffkreuzer des Indomitable-Typs) nur neun fertige und drei im Bau befindliche deutsche gegenüberstehen. Während England 68 Unterseeboote zählt, hat Deutschland deren nur acht aufzuweisen. Der neue Torpedoboot-Typ mit drei Torpedorohren und einer Bestückung von Zwölfpfündern, von dem England bereits 36 besitzt, ist in den anderen Marinen überhaupt nicht vertreten. Kurzum: die Liste sollte selbst die kleinstmöglichen Engländer beruhigen, die die Lichtigkeit der britischen Schiffe und Mannschaften so niedrig einschätzen, daß sie sich jeden deutschen und englischen Meeres als unerklärlich bezeichnen. Die besten marinepolitischen Schriftsteller empfinden das natürlich. Deshalb beeilt sich ihre Presse, diesen nach jahrelang beherrschten Grundfragen hergestellten, sonst von ihr selbst mit Vorliebe als Autorität zitierten Bericht mit einem Male als völlig irreführend abzufertigen. Zur Kennzeichnung der Argumente, womit seine Zuverlässigkeit angefochten wird, genügt die Erwähnung, daß zum Beispiel die „Morning Post“ darin die noch gar nicht existierenden österreichischen Dreadnoughts vermischt.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag hat am Sonnabend das Gesetz betreffend die Aufstausausgaben für Südwestafrika in zweiter Lesung angenommen. In der zweitägigen Debatte darüber war von der Vorlage selbst kaum mit einem Wort die Rede, sondern am Sonnabend ebenso wie am Freitag wurde fast ausschließlich über die Anträge Erzberger und Lattmann und über die Privilegien der Schützengesellschaft gesprochen. Es wurde zum Teil wieder noch recht lebhaft gekämpft, und der Abgeordnete Erzberger ging in seinen Angriffen gegen den Staatssekretär Dernburg wieder so weit, daß sich der Präsident zum Eingreifen veranlaßt sah. Aber die Gründe für die Vereiztheit müssen allgemeiner Natur sein; denn in der Sache waren schließlich die Parteien unter einander und mit der Regierung im Prinzip einig. Alle wollen, daß die Gesellschaften in Südwestafrika zu den Kosten mit herangezogen werden, nur über den Weg, auf dem es geschehen soll, gehen die Meinungen weit auseinander; doch war die überwiegende Mehrheit der Ansicht, daß die formelle Regelung von der Regierung ausgehen soll und nicht vom Reichstag. Größer sind schon die Differenzen hinsichtlich der ganzen Kolonialpolitik des Staatssekretärs, die einem Teil des Hauses — wie groß er ist, läßt sich freilich ziffernmäßig nicht feststellen — zu großkapitalistisch erscheint. Natürlich wird niemand etwas gegen den Dernburgschen Grundsatze einwenden, daß die Regierung bei ihren Maßnahmen die Rechtslage achten und Treu und Glauben wahren müsse; allein die Gegner des Staatssekretärs können trotzdem mehr von den Gesellschaften erreichen, als er bisher erreicht hat und zu erreichen strebt. Die Abstimmung,